

Wie Deutschland die arabische Demokratiebewegung stärken und der euro-mediterranen Partnerschaft aus der Sackgasse helfen kann

Mehr Mut im Mittelmeerraum

Edmund Ratka

Europa findet kein Rezept für die Beziehungen mit seiner südlichen Nachbarschaft. Das anfängliche Zaudern und die Verzögerung, mit der die Europäische Union auf die Aufstände in Tunesien und Ägypten reagierte, haben dies erneut vor Augen geführt. Selbst bei den Gewaltexzessen in Libyen hat die Uneinigkeit der Mitgliedstaaten rasche und entschiedene Maßnahmen gegen das Gaddafi-Regime verhindert. Die Protest- und Demokratiebewegung in der arabischen Welt hat die Sackgasse grell ausgeleuchtet, in die sich die europäische Mittelmeerpolitik manövriert hat. Zugleich bietet sich für Europa jetzt die Chance, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und seine internationale Aktionsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Deutschland kann und sollte dazu einen maßgeblichen Beitrag leisten – auch aus eigenem Interesse.

Deutschland und der Mittelmeerraum

Der südliche Mittelmeerraum spielt mit Ausnahme der Sonderbeziehung zu Israel für die Außenpolitik der Bundesrepublik traditionell eine nachgeordnete Rolle. Doch innerhalb der letzten beiden Dekaden hat sich das Spektrum deutscher Interessen in der Region sukzessive erweitert. Für die Abwehr islamistischer Terrors, Begrenzung und Steuerung der Migration sowie Energiesicherheit wird dem südlichen Mittelmeerraum inzwischen erhöhte Bedeutung zugeschrieben. Soll die gewünschte Diversifizierung der Energiezufuhr Wirklichkeit werden, so wird man um Nordafrika und den Nahen

und Mittleren Osten nicht herumkommen, von wo Deutschland bislang nur ein Fünftel seiner Ölversorgung und keinerlei Gas bezieht. Stabilität und Entwicklung in der Region dienen indes nicht nur den deutschen Sicherheits- und Energieinteressen, sondern schaffen auch die Grundlage für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, die bisher unter ihren Möglichkeiten geblieben sind. Trotz des dortigen Modernisierungsbedarfs und des Ansehens, das die deutsche Industrie in der arabischen Welt genießt, macht der Handel der Bundesrepublik mit den Ländern des südlichen Mittelmeers nur knapp ein Prozent ihres gesamten Außenhandels aus. Ein letztes Interessengebiet stellt die Forderung nach Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten dar. Diese hatte die deutsche Außenpolitik deklaratorisch zwar immer aufrechterhalten, sich in einer Mischung aus Resignation und stabilitätsorientierten Erwägungen aber längst mit den scheinbar ewigen Autokraten arrangiert und ihre Menschenrechtspolitik auf kosmetische Einzelmaßnahmen beschränkt.

Vor dem Hintergrund zunehmender deutscher Interessen im Mittelmeerraum ist es folgerichtig, dass Berlin sein dortiges Engagement in den letzten Jahren erhöhte. Allein die deutsche Entwicklungszusammenarbeit stellt für Nordafrika und den Nahen Osten jährlich 400 Millionen Euro zur Verfügung, was die Bundesrepublik nach den USA zum zweitgrößten Geberland macht. Demokratieförde-

zung gehörte dabei bislang nicht zu den Schwerpunkten der deutschen Entwicklungshilfe. Hartnäckig verwarnten sich die Machthaber von Marokko bis Damaskus gegen Einmischung in ihre „inneren Angelegenheiten“. Vor allem im Bereich der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, etwa im Wassermanagement und im Ausbau erneuerbarer Energien, kann Deutschland hingegen unbestreitbare Erfolge vorweisen, die auch vor Ort große Anerkennung finden. Schon seit Jahren fördert das Entwicklungshilfeministerium bilaterale dezentrale Projekte zur Energiegewinnung aus Solar-, Wind- und Wasserkraft in der Region. Das Auswärtige Amt trägt mit 4,5 Millionen Euro die Gesamtkosten des internationalen Projekts „enerMENA“, das seit Februar 2010 über Vernetzung, Ausbildung und Wissenstransfer den Aufbau solarthermischer Kraftwerkstechnologie im südlichen Mittelmeerraum forcieren will. Selbst die „DESERTEC“-Initiative, die 2009 von namhaften deutschen Unternehmen ins Leben gerufen wurde und den Bau von Solarkraftwerken in den südlichen Mittelmeerraum anstrebt, geht auf vom Bundesumweltministerium finanzierte Studien zurück. Im Bundeswirtschaftsministerium unterstützt man mit der „Exportinitiative Erneuerbare Energien“ schon seit 2002 den Zugang deutscher Unternehmen auf neue Märkte. Zu Recht wurde dabei im Lichte der aktuellen Ereignisse Nordafrika zur diesjährigen Schwerpunktregion erklärt. Wünschenswert wäre indes eine stärkere Bündelung dieser Maßnahmen in einer kohärenten „Solardiplomatie“ unter europäischem Dach, womit Präsenz und Einflussmöglichkeiten Deutschlands und Europas weiter erhöht würden.

Auf den 11. September 2001 und die folgenden islamistischen Anschläge hat die deutsche Mittelmeerpolitik auf doppelte Weise reagiert. Zum einen

wurde die auswärtige Kulturpolitik gestärkt. Auch wenn weiterhin Potenzial besteht, diese oft unterschätzte Säule der Außenpolitik auszubauen, so nahm Deutschland mit dem 2002 eingeführten und bis heute bestehenden „Islamdialog“ des Auswärtigen Amtes lange eine Vorreiterrolle ein. Zum anderen hat Berlin die sicherheitspolitische Kooperation mit den südlichen Mittelmeerländern intensiviert, die sich unter anderem 2003 in einem Abkommen mit Tunesien über die Bekämpfung organisierter Kriminalität niederschlug. Ungeachtet des Protests von Menschenrechtsgruppen hat Deutschland 2008 zur Abwehr illegaler Migration zudem ein bilaterales Rückführungsabkommen mit Syrien unterzeichnet.

Von Barcelona nach Paris – Partnerschaft in der Sackgasse

Deutsche Außenpolitik findet immer auch auf europäischer Ebene statt. Auf den südlichen Mittelmeerraum trifft dies in besonderer Weise zu. Den auf Drängen der Südeuropäer 1995 initiierten multilateralen Barcelona-Prozess der EU hat Deutschland dabei genauso mitgetragen wie die südliche Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik, auf deren Grundlage seit 2003 spezifische Aktionspläne mit den einzelnen Mittelmeerdrittländern vereinbart werden. Eine halbe Milliarde Euro lässt sich die Europäische Union die Programme mit ihren südlichen Nachbarn jedes Jahr kosten. Deutschland übernahm eine konzeptionelle Schlüsselrolle in der Gestaltung europäischer Mittelmeerpolitik indes erst 2007 und 2008, als sich Angela Merkel an die Spitze des Protests gegen das von Nicolas Sarkozy propagierte Mittelmeerunion-Modell stellte. Der neue französische Staatspräsident hatte die Gründung einer unabhängigen intergouvernementalen Organisation der Mittelmeeranrainer vorgeschlagen, in der mittels flexibler

und projektbezogener Zusammenarbeit die Einheit des Mittelmeerraums vorangetrieben werden sollte. Es ist nicht zuletzt dem engagierten Widerspruch der Bundesregierung zuzuschreiben, dass das Projekt schließlich unter Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten in die Europäische Union eingegliedert und als Weiterentwicklung des Barcelona-Prozesses rekonzipiert wurde.

Auf den ersten Blick erscheinen die Grundideen, die aus Sarkozys ursprünglichem Vorschlag übernommen wurden, bestechend: mehr Projektorientierung, eine stärkere Einbeziehung und Verantwortung der südlichen Partnerländer (co-ownership), erhöhte Sichtbarkeit durch regelmäßige Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs sowie eine flexiblere Zusammenarbeit (géométrie variable), mit der politische Unstimmigkeiten zwischen einzelnen Staaten umgangen werden sollten. In der Tat wurden auf dem Gründungsgipfel am 13. Juni 2008 in Paris dann auch hoffnungsvolle Programme lanciert – allen voran der auf deutsche Initiative zurückgehende Solarplan, der sich den Ausbau regenerativer Energiegewinnung im Mittelmeerraum zum Ziel gesetzt hat und über 130 Einzelprojekte umfasst.

Doch die Union für das Mittelmeer scheiterte schließlich an den gleichen Problemen wie ihr Vorgänger, der Barcelona-Prozess: innereuropäische Divergenzen über Finanzierung und Ausrichtung der Mittelmeerpolitik, mangelnde Kooperationsbereitschaft der südlichen Mittelmeeranrainer untereinander sowie politische Spannungen in der Region, unter denen der Nahostkonflikt als Haupthindernis hervorrang. So folgte dem mit hohen Erwartungen versehenen Gründungstreffen ein langwieriges Gezerre über die finanzielle und institutionelle Ausgestaltung der neuen Organisation. Die Arbeitsteilung zwischen deren eigenem eingerichtetem Sekretariat in Barcelona

und den bestehenden Brüsseler Institutionen der euro-mediterranen Partnerschaft wurde nie richtig geklärt. Der israelische Einmarsch in Gaza Ende 2008 führte schließlich zu einer monatelangen Blockadehaltung der arabischen Staaten. Nach dem Amtsantritt der Regierung Netanjahu verschärften sich die israelisch-arabischen Spannungen erneut, und das für 2010 vorgesehene Gipfeltreffen musste zweimal abgesagt werden. Dass die Europäische Nachbarschaftspolitik, über die das Gros der europäischen Mittel für die südlichen Mittelmeerländer ausgezahlt wird, im Rahmen des Amtsantritts der neuen EU-Kommission Anfang 2010 aus dem Portfolio der Außenbeauftragten ausgegliedert und dem Erweiterungskommissar zugeschlagen wurde, hat die Kohärenz auf europäischer Seite weiter geschwächt. Mit dem Rücktritt des Generalsekretärs der Union für das Mittelmeer, Ahmed Massade, hatte deren institutioneller Aufbau schon zu Jahresbeginn einen neuen Tiefpunkt erreicht.

Dass der Union für das Mittelmeer mit dem Sturz Mubaraks schließlich auch noch ihr Co-Präsident abhandengekommen ist, veranschaulicht auf fast tragikomische Weise die Sackgasse, in der sich die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union befindet. Demokratisierung, Menschenrechtsschutz und gute Regierungsführung, die sich Europa sonst groß auf die Fahne schreibt, waren zwar offizieller Bestandteil der Assoziierungsabkommen mit den Mittelmeerstaaten. In der Praxis hat die EU auf die Möglichkeiten negativer Konditionalität aber weitgehend verzichtet und sich mit Kritik an den inneren Verhältnissen dieser Länder zurückgehalten. Im Vordergrund standen vielmehr die Unterstützung für deren wirtschaftliche Entwicklung, der Ausbau der Handelsbeziehungen sowie die sicherheitspolitische Zusammenarbeit, mit der islamistischer Terror und Migration eingedämmt und die Energielieferungen

gesichert werden sollten. Aus diesem „Demokratie-Stabilitätsdilemma“ hat Europa bis heute keinen Ausweg gefunden.

Die arabische Demokratiebewegung als Herausforderung und Chance

Der wütende Protest der arabischen Jugend hat in seinem Ausmaß nicht nur die autoritären Regime selbst, sondern auch Europa überrascht. Seit sich die inneren Unruhen um die Jahreswende dramatisch verschärften und zum Sturz Zine el-Abidine Ben Alis und Husni Mubaraks sowie in Libyen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führten, ist der südliche Mittelmeerraum auch in Deutschland an die Spitze der außenpolitischen Agenda gerückt. Die revolutionären Ereignisse haben das Bewusstsein in Politik und Öffentlichkeit anwachsen lassen, wie unmittelbar sich die dortigen Entwicklungen auf Europa insgesamt und auch auf Deutschland auswirken können. Die hastige Rückführung europäischer Staatsangehöriger aus den Krisengebieten, Flüchtlingsboote vor Lampedusa, Proteste der hiesigen Exilgemeinden und die Preissteigerungen beim Erdöl sind dabei nur die augenfälligsten Beispiele.

Entscheidend für einen nachhaltigen Erfolg der arabischen Demokratiebewegung wird nun sein, dass das Ende von Autokratie und der Aufbau demokratischer Institutionen zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort führen. Mit ihrem Angebot umfassender Hilfen zur Begleitung der Transformationsprozesse hat die EU einen richtigen Schritt getan. Vom Aufbau eines Justizsystems bis zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure verfügen die Europäer hierfür über Erfahrung und erprobte Instrumente.

Vor allem aber muss die Europäische Union deutlich machen, dass sie zwar mit allen Staaten in ihrer Nachbarschaft Beziehungen pflegt, aber demokratische im Vergleich zu autoritär regierten bevor-

zugt. Tunis und Kairo sollten konkrete präferenzielle Bedingungen gewährt werden, wenn sie den eingeschlagenen Reformweg weitergehen. Diese könnten aus Handelserleichterungen, der Förderung von Direktinvestitionen und Zugeständnissen bei der Reisefreiheit bestehen. Mittelfristig ist die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft durch die großzügige Vergabe von Austausch- und Ausbildungsprogrammen zusätzlich zu untermauern. Die Ausdehnung des studentischen Erasmus-Programmes auf Tunesien und Ägypten hätte auch eine starke symbolische Wirkung.

Eine rasche Senkung der Agrarzölle für Tunesien und Ägypten zur Stärkung ihrer Landwirtschaft würde zudem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Transformationsphase abfedern. Auch Infrastrukturprojekte, etwa im Straßenbau und der Energieversorgung, wie sie im Rahmen der Union für das Mittelmeer bereits ausgearbeitet wurden, sollten in den beiden Ländern nun zügig umgesetzt werden, um dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen. Entsprechend zielgerichtet sind Finanzierungsinstrumente, wie sie etwa die Europäische Investitionsbank (EIB) bereitstellt, einzusetzen. Die EIB hat bereits im letzten Jahr mit einer Kreditsumme von 2,55 Milliarden Euro Projekte in den südlichen Mittelmeerrainern finanziert und einen weiteren Ausbau ihres Engagements in dieser Region angekündigt.

Will Europa seine Wirksamkeit maximieren und die Umbrüche in seiner südlichen Nachbarschaft nutzen, um sein außenpolitisches Profil zu schärfen, so hat ein einheitliches europäisches Auftreten oberste Priorität. Deutschland sollte sich deshalb in erster Linie für Initiativen auf EU-Ebene starkmachen. Daneben sind in Absprache mit den anderen Europäern aber auch begleitende bilaterale Maßnahmen möglich. Die Bundesrepublik könnte

sich als bevorzugter Partner der arabischen Transformationsstaaten erweisen, da sie dort über keinerlei koloniale Vergangenheit verfügt und ihr nicht zuletzt wegen ihrer eigenen Transformationserfahrung im Zuge der Wiedervereinigung eine besondere Kompetenz zugeschrieben wird.

Wie auf der europäischen kann Deutschland auch auf der nationalen Ebene die arabische Demokratisierungsbewegung durch positive Konditionalität und gezielte entwicklungs- und kulturpolitische Impulse stützen. Dazu ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der arabischen Welt neu zu justieren. Transformationsländer wie jetzt Tunesien und Ägypten sollten dauerhaft zu Schwerpunktländern aufgewertet werden. Gerade in dieser kritischen Phase des Übergangs sind die Wirtschaftsbeziehungen mit ihnen besonders zu fördern. Durch staatliche Garantien und Bürgschaften für deutsche Unternehmen könnten die aus dem Regimewechsel resultierenden Unsicherheiten etwas aufgefangen und notwendige ausländische Direktinvestitionen angeregt werden.

Schließlich verfügt Deutschland über ein einzigartiges außenpolitisches Instrument, das es jetzt entsprechend auszubauen gilt: die politischen Stiftungen. Diese sind teilweise seit Jahrzehnten in Tunesien und Ägypten präsent. Sie verfügen über die entsprechende Expertise genauso wie über die notwendige Glaubwürdigkeit und Vernetzung vor Ort, um zur Herausbildung einer demokratischen Zivilgesellschaft beizutragen und als Dialogplattform zwischen den unterschiedlichen Gruppen zu fungieren. Darüber hinaus sollten gezielt Partnerschaften gesellschaftlicher Akteure wie Parteien oder Gewerkschaften zwischen den beiden Transformationsländern und Deutschland gefördert werden.

Nach anfänglichem Zögern hat Deutschland außenpolitisch aus der Defensive

gefunden. Das Entwicklungshilfeministerium richtete mehrere Sonderfonds ein, mit denen die Transformation in Nordafrika unterstützt wird. Dass den politischen Stiftungen über drei Millionen Euro kurzfristig zur Verfügung gestellt werden, ist dabei ein genauso richtiger Schritt wie die Schaffung eines Finanzierungsmechanismus für Klein- und Mikrokredite sowie die geplanten Maßnahmen zur Stärkung der beruflichen Bildung. Gelingt es, diese entwicklungspolitischen Aktionen, die einen Gesamtumfang von knapp dreißig Millionen Euro aufweisen, zu verstetigen und mit Initiativen des Bundeswirtschaftsministeriums zur Unterstützung der deutsch-tunesischen beziehungsweise deutsch-ägyptischen Wirtschaftsbeziehungen zusammenzubringen, so kann die von Außenminister Guido Westerwelle angebotene „Transformationspartnerschaft“ in der Tat eine Vorbildfunktion einnehmen.

Leitlinien für eine erneuerte euro-mediterrane Partnerschaft

Neben diesen bilateralen Maßnahmen zur Unterstützung des Transformationsprozesses zeichnet sich ab, dass Deutschland sich insgesamt in die Gestaltung der euro-mediterranen Partnerschaft stärker einbringen will. Damit wird – unter konstruktivem Vorzeichen – eine Entwicklung fortgesetzt, die Angela Merkel bereits Ende 2007 mit ihrem Nein zu Sarkozys Anrainer-Mittelmeerunion eingeleitet hat. Die informelle Arbeitsteilung innerhalb der EU, wonach sich einerseits die südeuropäischen Mitgliedstaaten unter Führung Frankreichs um die südliche und andererseits die nördlichen Mitgliedstaaten unter Führung Deutschlands um die östliche Nachbarschaft kümmern, hat sich als unzureichend erwiesen. Statt eines Gesamtentwurfes, der divergierende Interessen der Mitgliedstaaten ausbalanciert und ihre jeweiligen Stärken komplementär zusammenführt, verständigte

sich die europäische Politik allzu oft lediglich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Die arabische Demokratiebewegung hat jetzt ein Zeitfenster für die Neufassung und Konsolidierung europäischer Mittelmeerpole aufgestoßen. Diese sollte sich an den Leitlinien Kohärenz, Konditionalität, Kooperation, Konkretisierung und Konfliktlösung orientieren.

Dabei ist *zuvorderst* das institutionelle Geflecht europäischer Mittelmeerpole zu entwirren. Die Leitlinien europäischer Mittelmeerpole sollten künftig weiterhin auf der Ratsebene von den Staats- und Regierungschefs beziehungsweise den Außenministern beschlossen werden, während die Verantwortung für die operative Ausführung zentral bei Catherine Ashton anzusiedeln ist. Als EU-Außenbeauftragte und Vizepräsidentin der Kommission verfügt sie über die ausreichende institutionelle Autorität, die verschiedenen Facetten europäischer Mittelmeerpole zusammenzuführen. Das Sekretariat der Union für das Mittelmeer in Barcelona kann als intergouvernementale Schnittstelle der EU beziehungsweise der EU-Mitgliedstaaten einerseits und der südlichen Partnerländer andererseits beibehalten werden. Gleichzeitig sind die UfM-Programme vor allem mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik besser zu verzahnen und inhaltlich aufeinander abzustimmen.

Zweitens ist, wie bereits dargestellt, ein stärkeres Gewicht auf Konditionalität zu legen. Die Europäische Union wird weiterhin mit einer Reihe autoritärer Herrscher in ihrer Nachbarschaft interagieren müssen. Dabei sollte zwischen Dialog und Zusammenarbeit unterschieden werden. Letztere kann dabei durchaus an Bedingungen geknüpft werden, ohne den notwendigen Gesprächsfaden, auch zu unliebsamen Regimen, abreißen zu lassen. Wirksamer als die öffentlichkeitswirksame Androhung von Strafen

und Sanktionen, die sich die antiwestliche Propaganda zunutze machen kann, wäre es, die europäischen Anreizstrukturen zu erhöhen. Dass die maroden Wirtschaftssysteme der südlichen Mittelmeerränder Investitionen sowie einen Technologie- und Wissenstransfer aus Europa brauchen, wissen auch die autoritären Regime. Die Senkung der Agrarzölle, mit denen sich die EU bislang gegen die Einfuhren aus dem Süden abgeschottet, ist ein genauso attraktives Lockmittel wie die Erleichterung von Reise- und Migrationsbestimmungen. Durch diese Art positiver Konditionalität, verbunden mit der nun möglichen Bevorzugung demokratischer Transformationsländer, kann die EU das „Demokratie-Stabilitätsdilemma“ zumindest abschwächen und ihre Werte und Interessen stärker als bisher in Einklang bringen.

Drittens muss das Prinzip der Kooperation, das als co-ownership im Zuge der Union für das Mittelmeer schon prominent in die euro-mediterrane Partnerschaft eingeführt wurde, ernst genommen und auch im nicht gouvernementalen Bereich angewendet werden. Dies ist umso wichtiger, als die Revolutionen in Tunesien und Ägypten aus eigener Kraft erfolgt sind und der dortigen Bevölkerung politisches Selbstbewusstsein zurückgegeben haben. Akteure aus den südlichen Partnerländern sollten konsequent in die Planung, Umsetzung und – soweit möglich – auch in die Finanzierung von Projekten und Programmen eingebunden werden.

Viertens sollte die Projektorientierung der Union für das Mittelmeer weitergeführt werden und auch in der Europäischen Nachbarschaftspolitik ihren Niederschlag finden. Wirksamer als das „Gießkannenprinzip“ oder pauschale Budgethilfe ist die Förderung gezielter Leuchtturmprojekte, die etwa im Infrastruktur- und Bildungsbereich durchaus eine Vorbild- und Vorreiterfunktion ent-

fallen können. Auf diese Weise wird außerdem am ehesten sichergestellt, dass die Hilfen möglichst nahe und konkret zugunsten der Bevölkerung investiert werden und nicht innerhalb der Regime versickern. Im Sinne der flexiblen Zusammenarbeit ist an den einzelnen Projekten und Programmen jeweils nur eine Auswahl interessierter und wirklich kooperationswilliger Staaten beziehungsweise zivilgesellschaftlicher Akteure zu beteiligen, um eine Überfrachtung zu vermeiden und stattdessen eine möglichst effektive und zeitnahe Umsetzung zu ermöglichen.

Der Projektansatz kann indes nur funktionieren, wenn Europa zugleich eine politische Rolle in der Mittelmeerregion übernimmt und sich stärker als bisher in der Konfliktlösung engagiert. Die Annahme, die arabischen Staaten würden ungeachtet der politischen Situation in Nahost auf der technisch-wirtschaftlichen Ebene mit Israel auch nur indirekt zusammenarbeiten, hat sich als Trugschluss erwiesen. Nur wenn die Europäische Union glaubhaft unter Beweis stellt, dass ein Ausgleich im Nahostkonflikt ganz oben auf ihrer Agenda steht, kann die arabische Seite für eine Weiterentwicklung der euro-mediterranen Partnerschaft gewonnen werden. Die Europäer sollten die veränderten Rahmenbedingungen nutzen, um – bei aller Solidarität – auch gegenüber Israel mehr Kompromissbereitschaft, etwa in der Frage des Siedlungsbaus, einzufordern. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei ihrem jüngsten Besuch in Tel Aviv zu Jahresbeginn dafür die richtigen Zeichen gesetzt. Daneben verlangt ein nachhaltiger Erfolg der euro-mediterranen Partnerschaft, dass sich insgesamt die regionale Integrations- und Kooperationsbereitschaft der südlichen Mittelmeeranrainer untereinander verbessert. Die erheblichen Zollschranken, die zwischen vielen dieser Länder bestehen, oder politische

Konflikte wie zwischen Marokko und Algerien über die Westsahara hemmen länderübergreifende Projekte und lassen eine diskrete, aber aktive Mediations-tätigkeit unerlässlich erscheinen, an der sich auch die Europäer beteiligen sollten.

Deutsche Aufgabe und europäischer Wille

Deutschland ist gut beraten, bei einer derartigen Neufassung und Konsolidierung der europäischen Mittelmeerpolitik eine Schlüsselrolle einzunehmen. Dies schließt nicht aus, die Sensibilitäten der Südeuropäer zu berücksichtigen. Im Gegenteil: Insbesondere mit Paris sollte die Bundesregierung den Schulterschluss suchen und sich gemeinsam um einen Ausgleich zwischen den sich lange gegenseitig blockierenden „Lagern“ nördlicher und südlicher EU-Mitgliedstaaten bemühen. Zeigen sich die Südeuropäer etwa zu der für sie schmerzhafteren Senkung der Agrarzölle bereit, sollten ihnen die Nordeuropäer bei der europaweiten Aufnahme von Bootsflüchtlingen beziehungsweise einer gemeinsamen Migrationspolitik entgegenkommen.

Ob sich Europa in der veränderten geostrategischen Situation des einundzwanzigsten Jahrhunderts zu einem ernst zu nehmenden Akteur entwickeln kann, wird sich nicht zuletzt an seiner Rolle in den Nachbarregionen entscheiden. Im südlichen Mittelmeerraum steht es angesichts eines historischen Umbruchs vor einem Lackmustest seiner außenpolitischen Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit. Das gewachsene Problembewusstsein innerhalb Europas und die veränderten Rahmenbedingungen in Nordafrika bieten dabei die Chance für eine erneuerte und effektivere EU-Mittelmeerpolitik. Neben der Konsolidierung der bestehenden Instrumente braucht es dazu vor allem den politischen Willen zu gemeinsamem und mutigem Handeln im Mittelmeerraum.